

Allianz gegen NPD angeregt

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Grünen im Main-Kinzig-Kreis setzen sich aktiv dafür ein, den Einzug der NPD in den Kreistag zu verhindern. Fraktionschef Reiner Bousonville kündigte an, dass seine Fraktion das Thema „Schulterschluss der demokratischen Kräfte gegen rechtsextreme Parteien – Einzug der NPD in den Kreistag verhindern!“ im Rahmen der aktuellen Stunde in der kommenden Kreistagssitzung am 4. Februar diskutieren wolle. Die Grünen wollen diesen Anlass nutzen, im Hinblick auf die Kommunalwahl eine Allianz der demokratischen Kreistagsfraktionen gegen die NPD zu schmieden.

Pflege-Kurs ab 23. Februar

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Bildungspartner Main-Kinzig GmbH bietet ab Mittwoch, 23. Februar, einen Fortbildungskurs in Sachen Gesundheits- und Krankenpflege an. Neben den Themen Aufbau und Funktion des menschlichen Körpers, Elemente der Krankenpflege oder auch die Einführung in die Hygiene, Ernährungslehre und Gesundheitsversorgung beinhaltet die Schulung ein mindestens zweiwöchiges Pflegepraktikum in einem der Häuser der Main-Kinzig-Kliniken oder einer Einrichtung nach Wahl. Notwendige Voraussetzung ist die Beherrschung von Deutsch in Wort und Schrift. Termin: jeweils dienstags und donnerstags von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr. Weitere Informationen dazu gibt es unter Telefon 06051/9167918 oder im Internet unter www.bildungspartner-mk.de.

Politische Bildung: Preis

Main-Kinzig-Kreis (re). Schuldezernent Günter Frenz ruft Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen auf, die in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind, sich für den alle zwei Jahre ausgeschriebenen „Preis Politische Bildung“ zu bewerben. „Gefragt sind Projekte und Aktivitäten, die Menschen zu politischem Engagement motivieren oder an Politik heranzuführen“, erläutert der Erste Kreisbeigeordnete. Denn das diesjährige Thema lautet „Politische Bildung und politische Partizipation“. Die eingereichten Konzepte müssen bereits in der Praxis erprobt sein und sollten im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2010 durchgeführt worden sein. Die Preise sind mit insgesamt 15 000 Euro dotiert und werden im Mai 2011 vergeben. Bewerbungen sind bis zum 28. Februar per Post oder per E-Mail zu richten an den Vorsitzenden des Bundesausschusses Politische Bildung, Lothar Harles, Mühlendamm 5, 10178 Berlin, E-Mail: vorstand@bap-politischebildung.de. Auf der Homepage www.bap-politischebildung.de besteht die Möglichkeit, sich zu informieren und eine Darstellung der bisherigen preisgekrönten Projekte einzusehen.

Landrat fühlt sich hintergangen

Streitfall Main-Kinzig-Gas: Pipa kritisiert die Geschäftsführung

Main-Kinzig-Kreis (re/dg). „Es scheint so, als habe Oliver Braun wieder einmal seinem politischen Vorbild Guido Westerwelle nachgeeffert: Keine Ahnung, kein Konzept, das aber in voller Lautstärke“, kommentiert Landrat Erich Pipa die jüngste Pressemitteilung der FDP zum Gaspreis-Streit, welche die GNZ in ihrer gestrigen Ausgabe veröffentlichte. Zugleich kritisierte Pipa die Geschäftsführung und die Aufsichtsrats-Spitze von Main-Kinzig-Gas, die ihn als Aufsichtsratsmitglied de facto hintergangen habe.

Selektive Verhandlungsrunden sind Stein des Anstoßes

„Die Liberalen wollen die Geschichte für sich im Wahlkampf nutzen und merken überhaupt nicht, dass ihnen niemand die Rolle des Kämpfers für die Bürgerinnen und Bürger abnimmt“, hebt Pipa hervor. Wer auf der einen Seite – wie Alexander Noll – tatenlos zusehe, wie Amts- und Arbeitsgerichte geschlossen werden sollen, wer propagiere, der Staat solle sich aus allem zurückziehen, wer den sozialen

Kahlschlag fordere, der könne anschließend nicht glaubhaft als vermeintlicher Interessensvertreter der Kundinnen und Kunden auftreten. Er könne aber durchaus verstehen, dass die FDP in ihrer Not sich an jeden Strohhalm zu klammern versuche.

Der Landrat nimmt in seiner Kritik an der Vorgehensweise der Geschäftsführung der Main-Kinzig-Gas kein Blatt vor den Mund. „Ich halte Gespräche mit den Kommunen hinter verschlossenen Türen für den völlig falschen Weg. Auf der einen Seite laufen Gerichtsverfahren mit Kunden, auf der anderen Seite wird mit den Bürgermeistern unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt“, ärgert sich der Landrat.

„Seit mehr als zwei Jahren fordere ich immer wieder ein transparentes Vorgehen. Wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, an dem ich mich als Aufsichtsratsmitglied auch in aller Öffentlichkeit von dem Vorgehen der beiden Geschäftsführer distanzieren muss“, macht Pipa seinem Unmut Luft. „Wir müssen einen Weg der offenen Kommunikation finden, in dem Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen transparent und gleich behandelt werden“, fordert Pipa. Dahingegen habe die Geschäftsführung nach Abspra-

che mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter einen gefährlichen Schlingerkurs eingeschlagen.

„Ich sage es in aller Deutlichkeit: Mit mir als Aufsichtsratsmitglied war dieses Vorgehen weder besprochen noch abgestimmt“, unterstreicht der Landrat. Als Konsequenz fordere er nun eine Sitzung des Aufsichtsrates, in der sich die Geschäftsführung erklären müsse. „Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist mittlerweile nahezu unmöglich geworden“, ärgert sich Pipa. Noch vor einiger Zeit habe niemand seine mahnenden Worte ernst genommen, geschweige denn seine Vorschläge zur Lösung der Probleme am runden Tisch aufgegriffen. „Da ist es doch nur folgerichtig, dass ich mich nun von dem Gebaren der handelnden Personen distanzieren“.

Energieverbraucher sprechen von „beispiellosem Vorgang“

Auch wenn er schon oft angesprochen worden sei, warum er überhaupt noch seinen Sitz im Aufsichtsrat wahrnehme, kommt doch ein Rückzug für Pipa nicht infrage. „Ich habe

Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch Verantwortung für das wirtschaftliche Unternehmen Main-Kinzig-Gas. Auch wenn es wie ein Kampf gegen Windmühlen anmutet, werde ich weiter versuchen, diese beiden Dinge zu vereinbaren.“ Allerdings warnt der Landrat davor, „dass jetzt Trittbrettfahrer und Wendehälse wie die Liberalen im Gaspreis-Streit als vermeintliche Retter der Bürger des Schulterschluss mit den Kunden suchen“.

Derweil spricht Dr. Karl-Heinz Schreiber von den Energieverbrauchern von einem beispiellosen Vorgang. „Erstmal überhaupt distanzieren sich Erich Pipa öffentlich vom Aufsichtsratsvorsitzenden Lothar Herbst und dessen Stellvertreter Günter Frenz. Diese beiden haben das Vorgehen selektiv und geheimen Verhandlungsführung der Geschäftsführung von Main-Kinzig-Gas mit einzelnen Kommunen offenbar mitgetragen. Stattdessen hätten sie versuchen müssen, im Sinne aller betroffenen Bürger im Kreisgebiet eine gemeinsame verbindliche Linie aufzubauen.“ Hier tauche mit Blick auf die Rolle des Aufsichtsrates die Frage auf, „ob das gesetzlich alles so in Ordnung ist“.

Im Wortlaut

Die Energieverbraucher Main-Kinzig, vertreten durch Dr. Karsten Kettner und Dr. Karl-Heinz Schreiber, reagieren auf den Bericht „FDP fordert lückenlose Aufklärung“ in Sachen Main-Kinzig-Gas, den die GNZ in der Ausgabe vom 27. Januar abdruckte. Wir veröffentlichen die Stellungnahme der Energieverbraucher im Wortlaut.

Verbalakrobat Oliver Braun

Die Bürgerinitiative Energieverbraucher Main-Kinzig reißt sich anlässlich der Vehemenz, mit der der FDP-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Oliver Braun, dem Zug der Verbraucherschützer hinterherläuft, die Augen. Angesichts der notorischen Uninformiertheit der Kreistag-FDP ist nur sicher, dass diese das rettende Trittbrett nicht erreichen werden. Das aktuelle Thema sind die Entschädigungen der Gemeinden durch Main-Kinzig-Gas durch die Hintertür, die zu Recht hinterfragt werden sollten. Allerdings, und das ist eine nette parteipolitische Unterstellung im Vorwahlkampf, sind eben nicht nur SPD-Kommunen involviert, es gibt sogar Kommunen, die von diesen Vereinbarungen gar nichts wussten, und auch der Landrat selbst ist erst durch die Energieverbraucher Main-Kinzig auf diese außergerichtlichen Einigungsversuche der Kommunen aufmerksam gemacht worden. An dieser Stelle sei der Landrat auch aufgerufen, die betroffenen Gemeinden über die Rückforderungsmöglichkeiten zu informieren.

Ein weiteres Informationsdefizit lässt Braun erkennen, wenn er dem kommunalen Anteilseigner der Main-Kinzig-Gas, namentlich Landrat

Pipa, unterstellt, die angeblich drohende wirtschaftliche Schiefelage des Versorgers nicht zu verhindern versucht zu haben. Im Frühsommer 2009 bereits machte Pipa den Vorschlag, Bürgerinitiative und die Geschäftsführung von Main-Kinzig-Gas und Mainova (als zweiten Gesellschafter) an einen Runden Tisch zu bringen; zu einer Zeit, wo sich Schwarz-Gelb im Kreistag noch vehement dafür einsetzten, Revisionsbeschwerde gegen das Urteil des OLG Frankfurt beim BGH einzulegen (warum eigentlich, wenn es um Kundeninteressen ging?). Zwei gescheiterte Gesprächsrunden später, in denen den Versorger-Vertretern offensichtlich die Tragweite ihrer Betonköpfigkeit nicht klar wurde, kristallisierte sich vor allem die Mainova als treibende Kraft der Kundenfeindlichkeit heraus mit der Folge einer massiven Kundenabwanderung verbunden mit bis dato zwei Rückforderungsklagewellen. Dabei lagen die Entschädigungs-Vorstellungen der Energieverbraucher gar nicht so weit weg von denen des Landrats, und die Angelegenheit wäre vom Tisch gewesen. Angeregt von Pipa im Dezember vergangenen Jahres, offenbarte sich in einem weiteren Treffen der Bürgerinitiative mit der Geschäftsführung der Main-Kinzig-Gas gleiches weitere Gespräch vollends als Zeitverschwendung, da sich Main-Kinzig-Gas damals noch auf eine anwaltliche Einschätzung zu den Prozessrisiken verließ, die sich als offenkundig falsch erwies. Mit Verbalakrobatik ohne Fundament allein jedenfalls wird man den Gaskunden kaum helfen, und die Energieverbraucher fragen Herrn Braun: „Turnen Sie noch oder rechnen Sie schon?“



GNZ-Chefredakteur Thomas Welz (2. von links) und technischer Leiter Mirco Täuber (5. von links) mit der Schulklasse der Kinzig-Schule um Deutschlehrer Richard Guth (4. von links). (Foto: Kümmel)

Projektbesuch im Pressehaus

Kinzig-Schüler informieren sich bei der GNZ über Journalismus und Produktion

Main-Kinzig-Kreis (küm). 20 Elftklässler der Kinzig-Schule Schlüchtern haben gestern mit ihrem Deutschlehrer Richard Guth das Druck- und Pressehaus Naumann in Gelnhausen besucht. Sie besuchten den kaufmännischen Zweig der Höheren Handelsschule. In der GNZ-Redaktion lernten sie das journalistische Arbeiten kennen.

Richard Guth schult seine Schützlinge zurzeit im journa-

listischen Schreiben. Dafür hat er mit ihnen bereits die verschiedenen Textarten und Techniken besprochen. Der Besuch im Verlagshaus sollte Einblicke in die Strukturen einer Zeitungsredaktion geben.

Am Ende des Projektes soll eine Klassenzeitung stehen, die einem tatsächlichen Printprodukt in Gestaltung, Text und Bild möglichst nahe kommen soll. GNZ-Chefredakteur Thomas Welz informierte die

Schüler, die aus dem gesamten Main-Kinzig-Kreis stammen, über das Arbeiten in der Redaktion und beantwortete zahlreiche Fragen. Auch Anekdoten aus dem Zeitungsalltag und Veränderungen des Berufsbildes wurden dabei nicht ausgespart.

Einer der Höhepunkte des Vormittags war der Besuch der hauseigenen Rotationsdruckmaschine. Dort erklärte der technische Leiter Mirco Tä-

ber die hochmoderne Technik des „Computer-to-Plate“-Verfahrens und des Vier-Farben-Drucks. Die Schüler zeigten sich äußerst interessiert und offenbarten während des Besuchs auch Fachwissen über die Abläufe eines Zeitungsverlags. Darauf legt Lehrer Richard Guth auch Wert; schließlich soll das Endprodukt seines Projekts den hohen Ansprüchen der Ausbildung in der Kinzig-Schule genügen.

Grüne: Kreis soll sich Klage anschließen

Bousonville und Mack halten die SPD-Position in Sachen Staudinger für unglaubwürdig

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert die SPD-geführte Kreisregierung auf, jetzt endlich eine eindeutige Position zum geplanten Bau des sechsten Blocks des Mega-Kohlekraftwerks Staudinger einzunehmen.

„Die Hessen-SPD demonstriert gegen das Kohlekraftwerk Staudinger, Hanau Oberbürgermeister Kaminsky beschreitet mit Hanau den Klageweg und der Landtagsabgeordnete Heinz Lotz bezeichnet den geplanten Kraftwerksblock 6 als ‚nicht mehr zeitgemäß‘ und fordert eine ‚dezentrale Energieversorgung statt

fossiler Großkraftwerke‘. Die Main-Kinzig-SPD und ihr Vorsitzender André Kavai hingegen wollen das Kohlekraftwerk zum weltgrößten ausbauen. Das zeigt zwar, dass bei der SPD für jeden was dabei ist, macht aber deutlich: Der SPD Main-Kinzig mangelt es in Sachen Energiepolitik an Glaubwürdigkeit und Konsequenz“, so Fraktionschef Reiner Bousonville und Stellvertreter Daniel Mack.

Die Grünen stellen eine erschreckende Willkür bei den energiepolitischen Zielen der SPD fest. Nach dem Wahlkampf der Hessen-SPD für eine neue Energiepolitik mit Andrea Ypsilanti und Herrmann

Scheer sei die Main-Kinzig-SPD dem Weg zur Kohle-Lobby-Partei gefolgt. Bei der SPD würde scheinbar willkürlich jede Position vertreten, von der man sich Wählerstimmen verspre-

che. Eine Energieversorgung ohne Atomenergie und neue Kohlekraftwerke sei nicht nur nötig, sondern auch machbar, entgegenen die Grünen. Die von der SPD immer wieder propagierte Stromlücke werden die Grünen als billiges Ablenkungsmanöver der Strommullis zur Durchsetzung ihrer Konzerninteressen.

„Für uns Grüne ist die erste Teilgenehmigung nicht hinnehmbar. Im Raumordnungs-

verfahren ist deutlich geworden, dass der geplante Ausbau des Kohlekraftwerks weder raum- noch umweltverträglich ist. Neben dem Anstieg der klimaschädlichen CO₂-Emissionen von fünf auf acht Millionen Tonnen im Jahr werden auch die Emissionen von Schwermetallen und Stäuben deutlich zunehmen. Block 6 ist der energiepolitisch falsche Weg.“

Dass es im Main-Kinzig-Kreis auch energiepolitische Alternativen gibt, kann in der Gemeinde Schöneck bewundert werden, wo die Grünen gemeinsam mit der SPD die Energiegelder vollzogen haben. Hieran sollten sich Landrat

Erich Pipa und seine Genossen auf Kreisebene ein Beispiel nehmen. Nur mit uns Grünen kann also die lokale Energie- und Wirklichkeit werden. Wir setzen dabei auf drei große ‚E‘: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung und verbinden dies mit Versorgungssicherheit und Klimaschutz“, so Bousonville und Mack.

Die Grünen stellen zur Kreistagsitzung am 4. Februar einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag und fordern den Main-Kinzig-Kreis auf, sich der Klage der Stadt Hanau, Hainburg und Alzenau gegen den Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger anzuschließen.

Korruptions-Virus bekämpfen

Sylvia Schenk referiert bei der IHK

Main-Kinzig-Kreis (re). Armut, Hunger, Umweltschäden oder Terrorismus: Mit Korruption und anderen Formen der Wirtschaftskriminalität sind viele Probleme auf der Welt eng verbunden. Es handelt sich zudem um ein wachsendes Risiko, das bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) im Rahmen eines Vortrages behandelt wird.

Der Gesamtschaden, der deutschen Unternehmen allein durch die aufgedeckten Delikte entsteht, dürfte jedes Jahr in die Milliarden gehen. Das schätzt die renommierte Wirt-

schaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PWC).

Darüber berichtet Sylvia Schenk, Vorstandsmitglied von Transparency International Deutschland, am Mittwoch, 9. Februar, von 16 bis 19 Uhr in den Räumen der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern, Am Pedro-Jung-Park 14 in Hanau. Interessierte Unternehmen können sich zu dieser unentgeltlichen Veranstaltung bis zum 2. Februar 2011 anmelden bei Marina Rauer, Telefon 06181/92 90-19, E-Mail m.rauer@hanau.ihk.de.

DGB: Niedriglohn ist ein Treibsatz

Herrmann: Große Belastung für den Haushalt

Main-Kinzig-Kreis (re). „Der sich ausbreitende Niedriglohnsektor reißt große Löcher in den Haushalt des Main-Kinzig-Kreises und treibt die kommunalen Soziallasten in die Höhe.“ Darauf hat Frank Herrmann, Vorsitzender der DGB-Region Südosthessen aufmerksam gemacht.

Allein im vergangenen Jahr musste der Landkreis Main-Kinzig nach DGB-Berechnungen circa 4,1 Mio. Euro für die Wohnkosten der erwerbstätigen Armen aufwenden, die trotz eines sozialversicherten Jobs auf Hartz IV angewiesen sind.

Im Schnitt muss der Kreis gut 345 000 Euro pro Monat allein für die Unterkunftskosten für Erwerbstätige ausgeben, die von einem sozialversicherten Job nicht leben können und deshalb zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind.

Die gewerkschaftliche Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen nütze auch den Städten und Gemeinden und

würde die kommunalen Kassen entlasten. „Armut trotz Arbeit ist teuer – auch für den Main-Kinzig-Kreis, während der Landkreis von einer Zurückdrängung des Niedriglohnssektors und Existenz sichernden Mindestlöhnen positiv profitieren würde“, so Herrmann.

Er kritisierte zugleich, dass bisher Löhne, die auf Hartz IV angerechnet werden, vorrangig den Bund begünstigen. Erwerbseinkommen werden zuerst auf die vom Bund finanzierte Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet; nur dann, wenn noch anrechenbares Einkommen übrig bleibt, reduziert dies die von den Kommunen zu tragenden Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger.

Dieses Anrechnungsverfahren bei Erwerbseinkommen im Rahmen von Hartz IV nütze vor allem dem Bund und benachteiligte Städte und Gemeinden. „Städtische Regionen mit einem hohen Mietniveau werden besonders belastet, ebenso wie Regionen mit einem ausgeprägten Niedriglohnsektor“, kritisierte Herrmann.